

Stand: 14.02.2026 22:27:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1915

"Eine echte BAföG-Reform jetzt! Freibeträge und Fördersätze deutlich erhöhen, Wohnpauschalen an örtliches Mietniveau anpassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1915 vom 24.04.2024
2. Beschluss des Plenums 19/1971 vom 25.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 25.04.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Maximilian Böttl, Dr. Stephan Oetzing, Daniel Artmann, Konrad Baur, Franc Dierl, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Eine echte BAföG-Reform jetzt!

Freibeträge und Fördersätze deutlich erhöhen, Wohnpauschalen an örtliches Mietniveau anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im laufenden Bundesratsverfahren zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für folgende Punkte einzusetzen:

- eine weitere Anhebung der Freibeträge,
- eine Anhebung der Bedarfssätze mindestens auf das Bürgergeld-Niveau,
- eine Anpassung der Wohnpauschale im BAföG an die unterschiedlichen örtlichen Mietniveaus,
- eine automatisierte Anpassung von Freibeträgen, Bedarfssätzen und Sozialpauschalen an die tatsächliche Entwicklung der Einkommen und Preise (Regelanpassung).

Begründung:

Vor 30 Jahren waren noch mehr als 30 Prozent der Studierenden BAföG-Empfänger, inzwischen ist diese Quote auf 12 Prozent gesunken. Die derzeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte zaghafte Reform wird hieran voraussichtlich nichts ändern: Die im derzeit aktuellen Gesetzentwurf vorgesehene Anhebung der Freibeträge um fünf Prozent wird mehr oder weniger ins Leere laufen. Denn sie hinkt der Inflation ebenso hinterher wie den derzeit abgeschlossenen, deutlich erhöhten Tarifabschlüssen. Da nicht zu erwarten ist, dass noch vor oder schon kurz nach der

kommenden Bundestagswahl im Jahr 2025 eine weitere BAföG-Reform zustandekommt, müsste eine Anhebung der Freibeträge sofort angegangen werden.

Der Satz für den Grundbedarf ist deutlich zu erhöhen, denn gerade die Anhebung des Bürgergeldes zum Januar 2024 hat die Schieflage zwischen Bürgergeldempfängern und Studierenden noch eklatanter gemacht: Während der Regelbedarf beim Bürgergeld für einen Erwachsenen bei 563 Euro liegt, sind es bei den Studierenden lediglich 452 Euro. Die Höhe dieses Abstandes ist nicht zu rechtfertigen.

Eine regionale Staffelung des Mietkostenzuschusses ist angesichts der gravierenden Unterschiede im Mietniveau in Deutschland seit Langem überfällig.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Maximilian Böttl, Dr. Stephan Oetzing, Daniel Artmann, Konrad Baur, Franc Dierl, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/1915

Eine echte BAföG-Reform jetzt! Freibeträge und Fördersätze deutlich erhöhen, Wohnpauschalen an örtliches Mietniveau anpassen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im laufenden Bundesratsverfahren zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für folgende Punkte einzusetzen:

- eine weitere Anhebung der Freibeträge,
- eine Anhebung der Bedarfssätze mindestens auf das Bürgergeld-Niveau,
- eine Anpassung der Wohnpauschale im BAföG an die unterschiedlichen örtlichen Mietniveaus,
- eine automatisierte Anpassung von Freibeträgen, Bedarfssätzen und Sozialpauschalen an die tatsächliche Entwicklung der Einkommen und Preise (Regelanpassung).

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Franz Schmid

Abg. Florian Siekmann

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Markus Blume

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Eine echte BAföG-Reform jetzt! Freibeträge und Fördersätze deutlich erhöhen, Wohnpauschalen an örtliches Mietniveau anpassen (Drs. 19/1915)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass auch Zuhören ein Element der Debatte ist. Ich erteile dem Kollegen Dr. Stephan Oetzingen das Wort.

Dr. Stephan Oetzingen (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, werte Kolleginnen, werte Kollegen, Hohes Haus! Bayern ist Wissenschaftsland Nummer eins in Deutschland. Mit der Hightech Agenda und dem neuen Hochschulinnovationsgesetz haben wir in den vergangenen Jahren neue Maßstäbe für die Wissenschaftslandschaft innerhalb der Bundesrepublik und darüber hinaus gesetzt. Wir investieren in neue Professuren. Wir schaffen neue Forschungseinrichtungen, zusätzliche Rechnerkapazitäten, neue Hochschulstandorte und vieles mehr. Dies alles schaffen wir insbesondere auch deshalb, weil wir optimale Rahmenbedingungen für die 400.000 Studentinnen und Studenten im Freistaat Bayern schaffen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir aber auf die Bundesebene und dabei auf die hierfür verantwortliche Ebene blicken und dann die Ausbildungsförderung ansehen, stellen wir fest, dass der Bund an dieser Stelle deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt. Steigende Inflation und steigende Mieten treffen insbesondere junge Menschen in der Ausbildung. Auch die jetzt vorliegende BAföG-Reform der Bundesregierung ist alles andere als ein großer Wurf. Im Gegenteil, sie ist bestenfalls ein Reförmchen.

Vor rund 30 Jahren waren noch mehr als 30 % der Studentinnen und Studenten Empfänger von BAföG-Leistungen. Zwischenzeitlich ist diese Quote auf 12 % gesunken. Das heißt, 88 % der Studentinnen und Studenten in Deutschland haben keine Möglichkeit, in den Genuss einer Ausbildungsförderung zu kommen. Der aktuell vorliegende Entwurf des BMBF, unserer Bundesministerin Stark-Watzinger, zu einer Reform des BAföG wird daran kaum etwas ändern. Im Gegenteil, es wird eher zu einer weiteren Verschlechterung kommen.

Dieser Entwurf sieht lediglich die Anhebung der sogenannten Freibeträge um 5 % vor. Diese Anhebung wird dadurch mehr ins Leere laufen, da allein durch die Entwicklung der Löhne und Gehälter im letzten Jahr eine Steigerung von 7 % zu verzeichnen war. Dies wiegt umso schwerer, weil wir vor dem Jahr 2025, vor der nächsten Bundestagswahl, keine weitere Anpassung des BAföG bekommen werden, sodass wir einen noch kleineren Kreis von empfangsberechtigten Studentinnen und Studenten haben werden, wenn dieser Entwurf so vom Parlament verabschiedet werden sollte.

Dies wiegt umso schwerer – das ist nicht nur für Studenten und Hochschulpolitiker, sondern auch für Sozialpolitiker von großer Bedeutung –, als wir dadurch die Chance verpassen, eine Schieflage der Sozialpolitik der Ampel zu bereinigen. Zum 01.01. dieses Jahres wurde das Bürgergeld erhöht und stieg um 12 %. Das Ungleichgewicht im Verhältnis zu den Leistungen aus dem BAföG wird damit noch größer. Das BAföG bleibt bei einem Regelsatz von 452 Euro pro Monat. Der Regelbedarf beim Bürgergeld steigt auf nunmehr 563 Euro pro Monat. Das ist eine Differenz von 111 Euro pro Monat. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Womit ist diese Differenz zu rechtfertigen? Womit erklären wir den Leistungsträgern von morgen, dass wir diesen Unterschied von 111 Euro haben?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Des Weiteren ist es uns ein Anliegen, dass wir die seit Langem bestehenden Probleme und Differenzen beim Mietkostenzuschuss endlich auflösen. Wir fordern hier, dass

der Unterschied des Mietniveaus in die BAföG-Leistungen einfließen muss, damit wir Unterschiede im Mietniveau innerhalb der Bundesrepublik aufheben und abfedern können und somit insbesondere, lieber Robert Brannekämper, Studentinnen und Studenten in den Ballungsräumen entlasten können.

Daher fordern wir ganz konkret mit unserem Dringlichkeitsantrag die Anhebung der Bedarfssätze nach BAföG mindestens auf das Niveau des Bürgergelds, die Anpassung der Wohnpauschale im BAföG an die unterschiedlichen Niveaus der Mieten. Wir fordern eine Anhebung der Freibeträge sowie eine automatisierte Anhebung dieser Freibeträge. Kurz, wir fordern mehr finanzielle Planungssicherheit für die künftigen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang danke ich ausdrücklich der Bayerischen Staatsregierung, lieber Staatsminister Markus Blume, für die bereits eingangs getätigten Impulse, die im zuständigen Ausschuss für Kulturfragen im Bundesrat gesetzt wurden. Diese Linie muss auch morgen in der Vollversammlung des Bundesrates beibehalten werden; denn der bisherige Entwurf der Bundesregierung genügt nicht den Anforderungen, die wir uns vorstellen, um optimale Rahmenbedingungen für junge Menschen in einem Studium zu bieten. Dieser Entwurf erhält die Note mangelhaft. Ich bitte Sie, handeln Sie im Interesse der Studentinnen und Studenten. Stimmen Sie heute für unseren Dringlichkeitsantrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Oskar Atzinger vor.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Kollege Dr. Oetzinger, der Antrag der CSU ist aus meiner Sicht schon gut gemeint. Ich könnte dem zustimmen, wenn er ausschließlich deutschen Studenten zugutekäme. BAföG-berechtigt sind aber nicht nur Deutsche, sondern auch EU-Ausländer, anerkannte Asylbewerber, anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte. Glauben Sie nicht, dass dadurch der Zuzug nach Deutschland

nur noch beschleunigt wird, weil viele ausländische Studenten sagen, in Deutschland bekomme ich BAföG und will deswegen nach Deutschland kommen?

(Johannes Becher (GRÜNE): Sogar beim BAföG diskriminieren Sie noch!)

Die Wohnungsnot wird damit noch mehr verschärft.

(Johannes Becher (GRÜNE): AfD steht für Diskriminierung!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege!

Dr. Stephan Oetzing (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, es ist schon ein sehr schiefes Verhältnis, wenn man in jede Diskussion die Migration einbringen möchte. Wenn jemand studiert, müssten Sie auch wissen, Herr Kollege, dass sich der in den Arbeitsmarkt integrieren möchte, dass er etwas dafür tut, auch Teil dieser Gesellschaft zu werden, sodass das BAföG mit Sicherheit kein Anreiz dafür sein wird, zu uns ins Land zu kommen. Ich halte diese These, die Sie hier vertreten, für einen absoluten Unsinn. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Herr Kollege Franz Schmid, bitte.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG – ist ein wichtiges Instrument der Sozialpolitik und der Bildungspolitik. Es soll dazu beitragen, die Chancengleichheit im Bildungswesen zu gewährleisten und das Sozialstaatsprinzip zu verwirklichen. Doch in seiner aktuellen Form entspricht es nicht mehr den Herausforderungen unserer Zeit und auch nicht den Bedürfnissen der Studenten und Auszubildenden.

Die Förderungshöchstdauer wird immer häufiger überschritten, und die Studienzeiten verlängern sich zunehmend. Dies verdeutlicht, dass dringender Handlungsbedarf be-

steht, das BAföG an die aktuellen Anforderungen anzupassen und eine effektive und gerechte Unterstützung sicherzustellen.

Wir stehen für eine individuelle Ausbildungsförderung. Hierzu hat die AfD-Bundestagsfraktion schon Initiativen eingebracht, die enorme Verbesserungen beim BAföG vorsehen. Anstatt einer allgemeinen, elternunabhängigen Grundförderung, die mit hohen Kosten verbunden wäre und soziale Ungerechtigkeiten verstärken könnte, setzen wir auf eine bedarfsorientierte Förderung; diese würde sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Studenten und Auszubildenden sowie ihrer Familien orientieren. Um hier den sozialen Aspekt einmal zu verdeutlichen: Es kann nicht sein, dass das Bürgergeld höher ist als die Förderung unserer leistungswilligen Studenten und Auszubildenden,

(Beifall bei der AfD)

während die Bürgergeldempfänger zum großen Teil nicht daran denken, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Doch nun weiter zum BAföG. Die Förderung soll unserer Meinung nach elternabhängig erfolgen, sodass nur diejenigen Unterstützung erhalten, deren Eltern nicht in der Lage sind, die Ausbildungskosten zu tragen. Dies gewährleistet eine gezielte Unterstützung dort, wo sie am dringendsten benötigt wird, und verhindert eine unnötige Belastung des Staatsbudgets.

(Beifall bei der AfD)

Zusätzlich soll eine flexible Rückzahlungsregelung eingeführt werden. Damit soll die Möglichkeit geboten werden, Studenten mit besonderen Herausforderungen wie zum Beispiel Kindererziehungszeiten oder gesellschaftlichem Engagement einen Teil ihrer BAföG-Rückzahlungen zu erlassen. Dies fördert das soziale Engagement und die Vereinbarung von Familie und Studium.

Des Weiteren setzen wir uns für eine radikale Verkürzung der Bearbeitungszeiten ein; damit soll sichergestellt werden, dass Studenten schnell und unkompliziert an die be-

nötigte Unterstützung gelangen. Eine vereinfachte Antragstellung sowie eine automatische Anpassung an die Inflation sind weitere wichtige Schritte, um das BAföG effizienter und gerechter zu gestalten.

Insgesamt stehen wir dafür, dass das BAföG eine bedarfsgerechte Förderung ist, die allen Studenten und Auszubildenden unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Bildungschancen bietet. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sondern sollte jedem offenstehen, der das Potenzial und den Willen zur Weiterbildung hat.

Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Oetzing, Sie scheinen mir den unangenehmen Teil der BAföG-Historie ausblenden zu wollen. Schauen wir mal auf die CDU/CSU-Bundesbildungsministerin. Da war nicht nur Stillstand beim BAföG, sondern regelrecht freier Fall: 2012, 671.000 Studierende haben BAföG bezogen. Sie haben es geschafft, bis 2022 200.000 Studierende aus dem System zu kegeln, und zwar durch Untätigkeit; da waren es noch 465.000, die überhaupt BAföG bezogen haben. Jetzt, nach diesem Unionsabsturz, haben wir es geschafft, mit zwei Reformen endlich die Trendwende einzuleiten. Wir haben 24.000 Leute zurück ins System geholt, nicht nur durch Anhebung der Regelsätze – 2022 plus 6 % für den Bedarf, plus 11 % für den Wohnkostenzuschuss –, sondern vor allem auch,

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Stephan Oetzing (CSU))

indem wir endlich die Freigrenzen angehoben haben und damit den Kreis der Berechtigten massiv ausgedehnt haben.

Jetzt kommt die neue Reform, bringt 1.000 Euro Studienstarthilfe mit, schafft Flexibilität

(Dr. Stephan Oetzingen (CSU): Ohne die Bürokratie!)

und baut Bürokratie ab, indem zum Beispiel Geschwistereinkommen nicht mehr so komplex berücksichtigt werden müssen. Die Trendwende ist eingeleitet, und wir werden an dieser Trendwende weiter festhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Das wesentliche Problem, Herr Oetzingen, das wir in Bayern haben, sind vor allem die hohen Wohnkosten; die können Sie auch nicht unendlich mit BAföG gegenfördern. Es braucht bezahlbare Wohnplätze für die Studierenden.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Stephan Oetzingen (CSU))

Ziehen wir mal den Vergleich: 2023 in Bayern: 8,71 % der Studierenden hatten einen Wohnheimplatz, Nachbarland Baden-Württemberg: 14,3 %. Die haben 12.000 Wohnheimplätze mehr; Sie verzweifeln an 10.000 Wohnungen mit der BayernHeim, die stellen 12.000 Wohnheimplätze mehr hin als wir, bei weniger Einwohnern! Das ist die Lösung für das Problem, das wir in den Ballungszentren in Bayern haben: bezahlbaren Wohnraum für die Studierenden zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Massives Problem in München: 12.000 Leute auf der Warteliste, bis zu fünf Semester. – Bis Sie ihnen einen Wohnheimplatz anbieten können, sind die mit dem Studium fertig, und da sprechen Sie von optimalen Rahmenbedingungen. Ich spreche da von einem Standortrisiko für kluge junge Köpfe. Beispiel: Wohnheim Agnes-/Adelheidstraße, Filetgrundstück Schwabing, 150 Plätze, seit zweieinhalb Jahren leerstehend. Sie lassen den Studierenden die Wohnheimplätze vor der Nase weggammeln. Das ist die

Realität. Das fehlt uns, um von unten wirklich bezahlbares Studieren in Bayern aufzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Jetzt beschweren Sie sich über zu wenig Geld aus dem Bundestopf; denn das BAföG wird allein vom Bund bezahlt. Schauen Sie in den Bereich Wohnen, sehen wir 2023/2024: Freistaat investiert in bezahlbares Wohnen für Studierende, Neubewilligungen jeweils 38 Millionen Euro, Bund investiert in Bayern jeweils 77,8 Millionen Euro.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Hört, hört! – Michael Hofmann (CSU): Sie können nicht mal den Haushalt lesen!)

Die Bundesregierung investiert doppelt so viel an Mitteln für bezahlbares junges Wohnen in Bayern wie die Bayerische Staatsregierung. Lassen Sie sich das mal auf der Zunge zergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie können den Haushalt nicht lesen! Überlassen Sie das den Haushaltspolitikern!)

Ich verspreche Ihnen: Wir schaffen Wohnraum. Wir haben das BAföG reformiert und die Trendwende eingeleitet, und wir werden weiter an einer starken BAföG-Reform arbeiten; dafür brauchen wir aber nicht die Tipps oder Hinweise derjenigen, die es eine Regierungsperiode lang in Berlin versemelt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Katja Weitzel.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Von den Dringlichkeitsanträgen der CSU bin ich zunehmend irritiert; der Antrag ist aber mindestens bemerkenswert.

Grundsätzlich sind die einzelnen Forderungen, die in dem Antrag aufgeführt sind, durchaus begrüßenswert, und genau dafür haben die SPD-Bundestagsabgeordneten auch gekämpft im Bundestag. Die SPD hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie sich bei der jüngsten Reform mehr Verbesserungen für die Studierenden gewünscht hat. Mehr ist immer besser, aber in einer Koalition – das weiß die CSU auch – ist die Frage, was man davon durchsetzen kann, vor allen Dingen unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen, die wir gerade haben.

Nach 16 Jahren Vernachlässigung des BAföG durch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag packt die Ampel-Regierung eine Reform wenigstens an, und das sogar schon im ersten Regierungsjahr.

(Beifall bei der SPD)

Was tut eigentlich die Bayerische Staatsregierung hier in Bayern für die Studierenden? Mein Vorredner Florian Siekmann hat es schon angesprochen. Wo sind die bezahlbaren Wohnungen für Studierende? Wer ist denn verantwortlich für den Leerstand von über tausend Wohnungen und Zimmern in den Münchner Studierendenwohnheimen? Und wo sind denn die auskömmlichen finanziellen Ausstattungen für die Studierendenwerke, damit sie den Reformrückstand im Bau und in der Sanierung von Studierendenwohnungen aufholen können?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Staatsregierung, das ist Ihre Baustelle. Anstatt mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, wäre es besser, wenn Sie Ihren Pflichten hier in Bayern einfach mal nachkommen würden.

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Genau!)

Auch vor dem Hintergrund, dass die CSU sich in den letzten Monaten als Hüterin der Schuldenbremsen geriert, irritiert mich diese Forderung nach mehr Geld, die jetzt plötzlich kommt, doch schon erheblich. Insofern stelle ich mir die Frage nach der

Ernsthaftigkeit dieses Antrages. Dient er denn nicht eigentlich dazu, Ampel-Bashing zu betreiben und mit dem Finger nach Berlin zu zeigen und davon abzulenken, dass Sie Ihren Aufgaben hier in Bayern schlicht und einfach nicht nachkommen?

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Bravo!)

Insofern empfehle ich meiner Fraktion der SPD die Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Prof. Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr aufmerksam die Debatte der letzten Viertelstunde verfolgt. Die Schlussfolgerung ist: Es scheinen alle Schuld zu haben, dass es kein höheres BAföG gibt, die in Berlin regiert haben und regieren.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Nur die FREIEN WÄHLER nicht!)

– Da kommt die Antwort von der Kollegin Demirel. Ja, du hast recht, die FREIEN WÄHLER müssen nach Berlin in den Bundestag,

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

damit wir dort dafür sorgen, dass das BAföG erhöht wird.

Schauen wir uns die Zahlen an – unabhängig davon, wer die Verantwortung in der Bundesregierung hatte, als man damals das BAföG eingeführt hat. Meines Erachtens war das kurz nach den Studierendenprotesten der 1960er-Jahre, nämlich zu Anfang der 1970er-Jahre. Als man 1972 das BAföG eingeführt hat, haben 44 % der Studierenden BAföG erhalten. Heute sind es nur noch 12 %. Das ist ein Riesenunterschied.

Allein daran merkt man schon, dass das Geld möglicherweise bei einigen fehlgeleitet wurde.

Ich erinnere mich an meine eigene Studienzeit: Damals haben sehr viele Studierenden BAföG bekommen. Wenn man heute mit Studierenden im Gespräch ist – ich tue das gleich, eine Gruppe wartet auf mich –, dann merkt man: Unterstützung wird selten. Das müssen wir unabhängig von der Parteizugehörigkeit dringend ändern. Die Studierenden müssen weiter oben auf der Tagesordnung erscheinen. Deshalb ist dieser Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER richtig. Es geht uns um die Sache und nicht darum, ob die eine oder andere Partei Fehler gemacht hat oder ob sogar alle drei Fehler gemacht haben – darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, Studierende in einer schwierigen Situation zu unterstützen, und zwar stärker als bisher, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Noch ein letzter Gedanke: Selbstverständlich geht es auch um die Wohnsituation der Studierenden. Immer mehr Studierende leben noch zu Hause bei ihrer Mama, sozusagen in der "Casa Mama", und pendeln zu ihrer Universität. Das ist nicht Sinn der Sache. Für Studierende ist es auch sehr sinnvoll, in einer neuen Umgebung zu sein, erwachsen zu werden und nicht mehr zu Hause zu sein. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Forderungen, die mit dem Dringlichkeitsantrag aufgestellt werden, auch umgesetzt werden. Es bringt wenig, wenn gegenseitig Schuldzuweisungen ausgesprochen werden. Stimmen Sie dem Dringlichkeitsantrag nicht nur zu, sondern tun Sie in Berlin etwas dafür, dass die BAföG-Sätze erhöht werden und mehr Studierende von BAföG profitieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Markus Blume um Erteilung des Wortes gebeten.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Siekmann und liebe Kolleginnen und Kollegen der

Ampel-Fraktionen, wenn ich das so sagen darf: Also so schön kann man sich diese Reform nicht rauchen, dass man so beschwingt von ihr redet, wie Sie das hier getan haben.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine BAföG-Reform, sondern allenfalls ein Reförmchen. Es ist enttäuschend, weil es so zaghaft ist, wie es sich tatsächlich und in Wahrheit verhält, und nicht so euphorisch, wie Sie das gerade vorgetragen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vielleicht muss man eines ganz klar sagen: BAföG ist keine Almosenveranstaltung. BAföG ist etwas, das zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Deswegen kann ich dem Argument sehr gut folgen, das der Kollege Oetzingen vorhin vorgetragen hat: Es ist überhaupt nicht zu erklären, warum man bei diesem Thema nicht weiter springt. Ich kann mich noch gut an das Jahr 2021 und die damaligen Sondierungsgespräche in Berlin erinnern. Die Ampel-Parteien haben damals vorgetragen, sie wollten eine große gesellschaftliche Modernisierung voranbringen. Im Feld der Studierenden, im Feld der Talente von morgen hätten sie die große Chance. Ich höre nun in der ganzen Debatte nur Argumente, warum es schon ausreiche, warum man nicht so viel tun müsse und warum in Berlin doch alles ganz duftete sei. Nein, es ist nicht duftete. Gerade dann, wenn es um Studierende geht, ist das Bessere der Feind des Guten. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie hier so halbherzig agieren. Dafür gibt es nur eine Erklärung. Diese ist, dass Ihre Parteizentralen in Berlin sind und nicht bei uns in Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unterm Strich sehe ich die Grundintention dieses BAföG-Gesetzentwurfs, die ich nachvollziehen kann, nämlich etwas zu flexibilisieren, etwas zu verbessern und etwas

zu stärken. Aber wie fast alle Projekte in Berlin ist dieses Vorhaben von Grund auf verkorkst. Es ist zutiefst bürokratisch geworden. Es werden neue Dinge erfunden, wie die Studienstarthilfe, statt das Einfache und Naheliegende zu machen. Wir haben es gehört: Es ist viel einfacher, die Bedarfssätze, die Regelsätze zu erhöhen. Es ist zu wenig. Es ist zu zaghaft. Es gibt keine Strukturreform, sondern es wird nur ein bisschen weitergedreht. An manchen Stellen wird das Ganze auch etwas bürokratischer gemacht. Unterm Strich ist das auch noch lebensfern. Es blendet völlig aus, dass wir eine dramatische Steigerung der Lebenshaltungskosten hatten und gerade die Studierenden die Bevölkerungsgruppe sind, die am wenigsten ausweichen kann, weil sie ihren Lebensunterhalt irgendwie stemmen muss und gleichzeitig noch studiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen kann ich nur sagen: Ich finde diese BAföG-Reform zutiefst enttäuschend. Ehrlich gesagt, ist sie auch ein Schlag ins Gesicht der Studierenden, die das nicht verdient haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Reform zeigt auch ein wenig die Denke. Es geht Ihnen nicht darum, die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger im Land zu stärken. Sie denken an die Bürgergeldempfänger. Ich würde mir wünschen, dass Sie mit derselben Leidenschaft an die Studierenden denken; denn die brauchen es auch. Es gibt überhaupt keinen Grund – wie das der Kollege Oetzingen ausgeführt hat –, warum man einen Studierenden schlechterstellen sollte als einen Bürgergeldempfänger, verbunden mit dem Hinweis, dass er sogar die Hälfte später wieder zurückzahlen muss.

Ich kann Ihnen nur sagen: Unsere Philosophie in Bayern ist eine andere. Wir sagen Ja zu Fleiß, Leistung und neuen Chancen. Deswegen wollen wir auch eine andere BAföG-Reform und wollen andere Akzente setzen. Ich kann nur sagen: Jeder Studierende muss sich eigentlich fragen: Wer vertritt denn in Berlin meine Interessen? – Von den dort handelnden Parteien der Koalition kann es eigentlich keiner sein. Ich kann

Ihnen aber umgekehrt versprechen: Wir in Bayern vertreten weiterhin und engagiert die Studierenden. Wir haben uns deswegen auch im Bundesrat entsprechend positioniert. Wir wollen eine weitere Anhebung der Freibeträge, weil die Unterstützung eben nicht in dem Maße vom Einkommen der Eltern und vom eigenen Einkommen abhängig sein soll, wie das heute der Fall ist.

Leistung muss sich lohnen. Wir wollen die Wohnpauschale an die unterschiedlichen Mietniveaus anpassen. Auch das ist ein Thema, bei dem wir gerade in Bayern sehen: Das ist eine Abbildung der Lebensrealität. Es darf doch nicht abhängig sein vom Studienstandort und den dortigen Mietkosten, inwieweit BAföG mich trägt oder nicht trägt.

Wir haben außerdem gehört: Die automatische Anpassung der Freibeträge, der Bedarfssätze und der Bedarfspauschalen an die tatsächliche Entwicklung von Einkommen und Preisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre fair – aber nicht ein kleines Reförmchen als eine große Reform zu verkaufen, und das nur alle paar Jahre.

Ich kann nur sagen: Der Freistaat Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht. Wir machen sie auch in den Feldern, die Sie angesprochen haben. Für das studentische Wohnen sind wir einer der Akteure.

Liebe Kollegin Weitzel, ich will das einmal in Erinnerung rufen, weil wir in der letzten Legislaturperiode dazu viele Debatten hatten: Der Freistaat Bayern bekennt sich zu dieser Aufgabe. Wir nehmen viel Geld in die Hand. Wir haben eine Sonderfinanzierung in Höhe von 50 Millionen Euro im aktuellen Haushaltsentwurf verankert. Wir haben mit der BayernHeim 70 Millionen Euro für die Studentenstadt Freimann in die Hand genommen. Wir haben die allgemeinen Zuschüsse an die Studierendenwerke im letzten Jahr um 34 % und jetzt im Haushaltsjahr 2024 noch mal um 33 % erhöht. Ich kann nur die frühere Geschäftsführerin des Studierendenwerks München/Oberbayern zitieren, die gesagt hat: Den Studierendenwerken in Deutschland geht es nirgends so gut wie in Bayern. Warum machen wir das? – Wir machen das nicht unbedingt für die Studierendenwerke. Zwar machen wir es auch für sie, aber wir machen es in erster

Linie für die Studierenden, weil wir wollen, dass wir in Bayern beste Möglichkeiten für unsere Talente haben.

Kollege Siekmann, jetzt muss ich mal etwas zu Ihnen sagen. Zum Thema studentisches Wohnen haben Sie dargelegt, was hier alles läuft oder nicht läuft und was woanders eventuell besser läuft. Ich würde mir auch wünschen – ich sage das ganz deutlich –, dass wir als Freistaat in unserer Stadt München nicht alleine auf dem Platz stünden. Die Wahrheit ist, die Stadt München hat uns erklärt, sie begreife studentisches Wohnen nicht als ihre Aufgabe, sondern kümmere sich nur um prekäre Wohnformen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Woanders, in Tübingen, in Stuttgart und in anderen bayerischen Kommunen, ist man ganz selbstverständlich stolz darauf, wenn man etwas für seine Studierenden tun kann. Ich kann nur dringend an Sie appellieren: Sorgen Sie endlich dafür, dass in Ihrer rot-grünen Stadtregierung in München das Thema studentisches Wohnen endlich auf der Agenda nach oben kommt. Und natürlich ist die Frage des kommunalen Wohnungsbaus eine kommunale Aufgabe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Vor dem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir gehen einen anderen Weg. Wir bekennen uns dazu, dass wir die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger von morgen unterstützen. Deswegen ist der Antrag richtig. Deswegen bin ich den Regierungsfractionen dankbar, dass sie diesen Antrag noch vor den entscheidenden Beratungen im ersten Durchgang im Bundesrat gestellt haben, um für Rückenwind zu sorgen. Ich würde mich freuen, wenn noch andere Länder in Deutschland diesem Vorbild folgen. Ich kann Ihnen aus dem Kreise der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsmi-nister nur berichten: Mit dieser BAföG-Reform ist in den Ländern niemand glücklich,

weil jeder sieht, dass der Schmerzpunkt eigentlich woanders liegt. Alle haben auf eine echte Reform und nicht auf ein solches Reförmchen gewartet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Siekmann vor.

Florian Siekmann (GRÜNE): Geschätzter Staatsminister Blume, Sie greifen wahlweise nach der Bundeskasse und jetzt auch noch nach den kommunalen Kassen der Landeshauptstadt. Ich habe das Gefühl: Alle anderen sollen es richten. Sagen Sie uns doch mal: Was haben Sie in die bayerischen Ballungszentren investiert? Welche Grundstücke hat der Freistaat zur Verfügung gestellt, damit darauf Studentenwohnheime gebaut werden können? Wie kann es sein, dass der allgemeine Rahmen für Neubewilligungen im Wohnheimbau vom Freistaat nur halb so hoch ist wie das, was der Bund zur Verfügung stellt, und das bei einer Kernaufgabe, die wir hier im Landtag zu bearbeiten haben, nämlich im Bereich der Wissenschaft und der Studierenden? Das ist nun mal Landesaufgabe, und zu einer verantwortlichen Regierung gehört es auch, sich den eigenen Aufgaben zu stellen und nicht immer nach der anderen und nächstbesten Ebene zu rufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Lieber Herr Kollege Siekmann, ich mache eigentlich das Gegenteil: Ich begreife studentisches Wohnen als Gemeinschaftsaufgabe. Ich könnte es mir als Wissenschaftsminister hier total einfach machen und sagen: Das Thema betrifft gar nicht meinen Geschäftsbereich; denn wir haben nur die Rechtsaufsicht über die Studierendenwerke – das sind selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, die sich im Wesentlichen aus eigenen Einnahmen finanzieren.

Das machen wir aber nicht, sondern ich sage: Wir sind dankbar für das Programm, das der Bund aufgelegt hat. Das ist keine Frage. Wir verstärken das in Bayern mit Rekordinvestitionen in den Wohnungs- und Wohnheimbau über den Bauminister Christian Bernreiter; aber es ist doch selbstverständlich, dass wir dann den größten Hebel haben, wenn auch die Kommunen ihren Beitrag leisten. Herr Kollege Siekmann, ich kann es nur noch mal sagen – und auch durch Ihre Frage wird die Antwort nicht positiver –: Die Stadt München hat für sich erklärt, sie fühlt sich nicht zuständig für studentischen Wohnraum. Ich finde das arrogant von einer Stadt, die von diesen jungen Talenten profitiert,

(Michael Hofmann (CSU): Sehr richtig!)

sich des Themas studentischer Wohnraum nicht anzunehmen, sondern zu sagen: Das sollen andere lösen, wir machen es nicht. Ich halte das für grundfalsch.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/1915 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen! – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung – Bayern braucht Versöhnung und Transparenz!" auf Drucksache 19/1914 bekannt. Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 119 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)